

Begrüßung

Meine Damen und Herren, aus Sorge um den Frieden und aus Abscheu gegen Gewalt und Krieg haben wir, eine kleine Gruppe, beschlossen an die Öffentlichkeit zu gehen.

Für den Frieden zu demonstrieren und sich für Frieden zu engagieren heißt nicht, sich „lammfromm zu gebärden“. Auch ein friedlicher und passiver Kampf muss Stoßkraft entfalten können, wenn er erfolgreich sein möchte. Ich denke hier an den Widerstand Gandhis in Südafrika, als er dazu aufforderte, die Pässe öffentlich zu verbrennen oder denken Sie an den großen Salzmarsch ans Meer, der einen ganzen Kontinent auf die Beine brachte.

Aber auch das Motto unserer Veranstaltung „Frieden schaffen ohne Waffen“ ist einer kurzen Betrachtung wert.

Was bedeutet es Frieden zu schaffen?

Hinter diesem Motto verbirgt sich ein Dreischritt:

1. dass wir bedingungslos und neutral für einen sofortigen Waffenstillstand in der Ukraine eintreten,
2. Dass wir bereit sind, uns aktiv und verantwortlich an der Suche nach einem Interessenausgleich beteiligen,
- Dazu gehört, dass wir Fragen stellen und vor allem einer Frage nachgehen: Warum haben sich Brüssel, Kiew, Moskau und Washington nicht an einen Tisch gesetzt, um gemeinsam zu beraten, wie man dauerhaft das Beste für die Ukraine herausholt?
3. Dass wir durch den Wandel der Zeiten hindurch den Frieden bewahren.

Meine Ausführungen sind unter Vorbehalt zu sehen. Sie werden in unserer Gruppe nicht von allen geteilt.

Sarah Wagenknecht hat in Berlin die Entstehung einer neuen Friedensbewegung angekündigt. Obwohl mir diese Idee gefällt, bin ich aus Erfahrung zunächst einmal skeptisch. Eine Friedensbewegung wiederzubeleben ist leichter gesagt als getan. Denn wenn wir davon sprechen, dass wir einen „Frieden ohne Waffen schaffen wollen, stellt sich sogleich die Frage, wieviel von der Arbeit, die dabei anfallen muss, auch getan werden wird. Ich will heute mit dieser Arbeit beginnen und ich bitte Sie, meine Ausführungen nicht als selbstgenügsame Unterhaltung, sondern als eine Art „Arbeitsrede“ zu betrachten, in der dasjenige angesprochen wird, was in Zukunft gemeinsam bearbeitet könnte. Dabei bemühe mich, mein Wissen in der Auseinandersetzung mit anderen zu vervollständigen.

Es kann nicht alles gesagt, aber über alles diskutiert werden

Einleitung

In die Mauer der Kirche eingelassen ist ein Denkmal, das uns an die gefallenen Soldaten, Söhne Endinger Familien, in den Schlachten des 1. Und 2. Weltkriegs erinnert. Ein weiteres Denkmal, das inzwischen an einen Ort hier in der Nähe versetzt wurde, erinnert an den deutsch-französischen Krieg 1870/71, ein Krieg, der mit einem Siegfrieden und einer unerhörten Provokation der französischen Nation endete und dessen Ende die Feindschaft zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich konservierte und bereits den Keim für die Weltkriege im 20. Jh. in sich barg.

Die Proklamation des preußischen Königs Wilhelm I. zum deutschen Kaiser und die damit einhergehende Gründung des Deutschen Reiches im Spiegelsaal des Versailler Schlosses,

einem Symbol nationaler französischer Identität, mussten die Franzosen als Demütigung empfinden - und das weckte Rachegefühle.

In jenem Spiegelsaal wurde 48 Jahre später dieses Deutsche Reich gezwungen einen Friedensvertrag zu unterschreiben, der den Krieg zwar formal beendete, der aber in den Köpfen fortwirkte und sozusagen schon die Lunte für den Frankreichfeldzug im 2. Weltkrieg legte.

Zweimal wurde Frieden geschlossen und zweimal führte das zu noch mehr Feindschaft, zu noch größeren Zerstörungen, zu noch mehr Toten. Ein Diktatfrieden ist das eine, aber einen nachhaltigen Frieden zu erarbeiten, eine Friedensordnung auf der Grundlage eines wirklichen Interessenausgleichs zu schaffen, ist etwas ganz anderes.

Dieser Rückblick in die europäische Geschichte zeigt, was bei den zukünftigen Friedensverhandlungen auf dem Spiel steht, denn ein Frieden, der nicht ausdrücklich die Zustimmung der Konfliktparteien findet, kann nicht nachhaltig sein und wird weitere Kriegshandlungen hervorbringen.

Das Denkmal in der Kirchenmauer erinnert aber auch an die Schlacht von Verdun im 1. Weltkrieg, in der innerhalb eines Jahres 1 Million Soldaten getötet wurden. Auf dem Schlachtfeld der Ostukraine sind es nach einem Jahr 200000-300000 Soldaten und 50-100000 Zivilisten auf beiden Seiten. Die Lebenserwartung eines ukrainischen Soldaten beträgt an der Front 4,5 Stunden!! 8 Millionen Menschen sind auf der Flucht. Die Zerstörungen der Natur und der Infrastruktur sind unermesslich.

An dieser Stelle trauern wir heute um die Opfer, bekennen uns zu einer breiten humanitären Unterstützung für die Menschen, die vor diesem Krieg in unser Land flüchten mussten, und wir achten den Entschluss derjenigen jungen Männer und Frauen aus Russland und der Ukraine, die in diesem Krieg nicht kämpfen wollen und allzu leicht als feige Deserteure diffamiert werden.

Trotz des hohen Blutzolls, der bereits nach einem Jahr Krieg entrichtet werden musste, eskalieren die Kriegsparteien den Krieg unaufhörlich weiter. Die Nato beliefert die Ukraine mit immer weitreichenderen Waffen, mit Raketen, die in wenigen Minuten Moskau erreichen könnten. In einer Rede vor dem Föderalen Rat drohte Präsident Putin an, die Front deshalb immer tiefer in die Westukraine verschieben zu müssen, um russischen Städte vor Raketen- und Biowaffenangriffen zu schützen.

Die Kriegsziele sind klar benannt: Der Westen will Russland hinter die Grenzen vor dem 24.2.2022 zurückdrängen, Russland soll ruiniert, in Teilstaaten zerschlagen werden. Ein Verhandlungsfrieden wird so lange kompromisslos abgelehnt, bis diese Ziele erreicht sind.

Russland fordert Anerkennung seiner Sicherheitsinteressen, eine blockfreie und neutrale Ukraine, die nicht der Nato angehört, Vorherrschaft über die Krim und die Anerkennung der Volksrepubliken Luhansk und Donezk als quasi eigenständige Staaten.

Wer kann das alles zu Ende denken?

Während wir hier stehen, tobt in der Ukraine ein grausamer, noch **konventioneller Krieg**.

Während wir hier stehen, eskalieren die USA den Krieg und Deutschland und alle Mitgliedsstaaten der EU schicken unter dem Jubel der Parlamente und der Medien und mit ausdrücklicher Billigung eines Großteils der Bevölkerung immer tödlicheres Kriegsgerät in die Ukraine.

Während wir hier stehen, sehen sich sowohl die Ukraine als auch Russland einem Angriffskrieg ausgesetzt, die einen direkt, die anderen indirekt.

Immer moderneres Kampfgerät mit unbegreiflichem Vernichtungspotential: Kampfpanzer, Artillerie, Kampfflugzeuge und Raketen mit immer größeren Reichweiten, auch vom Einsatz chemischer Waffen wird berichtet, sollen einen finalen Sieg gegen Russland herbeiführen.

Wie jeder Krieg entfaltet auch dieser seine eigene inhumane Dynamik: Hass, Mord und Zerstörung. Beide Seiten beschuldigen sich schwerer Kriegsverbrechen. Es ist geradezu das Wesen eines Krieges ins Chaos abzugleiten: verbrannte Erde in Stadt und Land, Kriegsverbrechen und Massenvertreibung, Heimatlosigkeit und Verelendung einerseits und Massenmigration und **soziale Konflikte** in den Staaten, die diese entwurzelten und verzweifelten Menschen aufnehmen, andererseits.

[Anm.: Konflikte um Wohnraum für Flüchtlinge und Deutsche \(Lörrach, Diakonie\)](#)

Anstelle von Diplomatie treten nun überkonventionelle waffentechnische Lösungen. Die Regierung der USA erwägt offen, gemeinsam mit der Ukraine, die Krim, auf der die russische Schwarzmeerflotte stationiert ist, mit Langstreckenraketen anzugreifen. Will Russland diese Angriffe wirkungsvoll unterbinden, kann das leicht in einem nuklearen Schlagabtausch enden. Hauptangriffsziele könnten dann gemäß der Eskalationslogik die US-Militärbasis in Ramstein und die weit über die BRD verstreuten zahlreichen US-Kommandozentralen und kleineren US-Militärbasen, aber auch die gesamte Infrastruktur sein, die für Russland eine Bedrohung darstellt.

Denn nicht wir bestimmen, was eine Bedrohung darstellt, sondern der Gegner, der sich bedroht fühlt und bedroht sieht.

Ein Ende des Krieges wird aber weder von der Ukraine, den USA, der EU und von der deutschen Bundesregierung ausdrücklich nicht gewünscht. Man „empfindet“ einen Verhandlungsfrieden als unzumutbaren Gesichtsverlust und setzt auf einen Siegfrieden.

Während sich die Verantwortlichen in unserer Regierung weigern, das Wort „Frieden“ auch nur zu denken und sich bequem und unversehrt in den Polstersitzen der Parlamente in Kriegspose werfen, geht in diesem Augenblick das Zerfetzen, das Verbluten, das Töten das Sterben unvermindert weiter. Jeder tote ukrainische Soldat, jeder tote ukrainische Zivilist, jeder tote russische Soldat, jeder tote russische Zivilist ist von ihnen mindestens mit zu verantworten.

Ganz offen und schamlos spricht Habeck darüber, wie er selbst den Krieg wahrnimmt, so, als hätte er selbst nichts damit zu tun, als wäre die Not ein schicksalhaftes Naturereignis.

Zitat (Maischberger, 25.2.22, youtube)

(Aber) „ich muss da nicht kämpfen und werde auch nicht sterben in diesem Krieg. Aber wenn es passiert, werden viele Menschen sterben. Und das ist eine Situation in einer so konkreten Lage wie wir sie mindestens seit den Balkankriegen nicht gehabt haben. Und das waren im weitesten Sinne Bürgerkriege“.

„Aber ein gewisser Schaden wird natürlich bleiben, das ist völlig klar“.

Die Entscheidung, tödliche Waffen zu liefern sei immer auch seine persönliche Niederlage, so Habeck:

Zitat (4.5.22, Focus)

„Deutschland hat mehrere Tausend Panzerfäuste geliefert. Ich habe dafür als einer der verantwortlichen Minister (wem verantwortlich?) meine Hand gehoben. Panzerfäuste

schießen auf Panzer. In den Panzern sitzen Soldaten. Mit den Waffen, die auch ich, Robert Habeck in die Ukraine geschickt habe, werden höchstwahrscheinlich Menschen getötet.“

Aber auch dem französischen Präsidenten Macron oder dem deutschen Kanzler Scholz, ja, der Mehrheit Institutionen der EU, der überwältigenden Mehrheit der Abgeordneten des deutschen Bundestags scheint der Krieg ein Spiel mit Zinssoldaten zu sein, die man eben mal umwirft und dann wieder aufstellt.

Krieg beenden, Panzer senden lautet das Credo der FDP in Übereinstimmung mit den Regierungsparteien und der CDU.

Scholz und Macron sichern der Ukraine „Unterstützung bis zum Sieg“ zu.

Zitat;“ Wir stehen entschlossen an der Seite der Ukraine, um sie bis zum Sieg zu begleiten, Russland kann und darf nicht gewinnen“. Gemeinsam gehe es darum, einen Frieden zu gestalten. (z.B. 8.2.22 Berliner Zeitung: Hilfe bis zum Sieg)

Von Frieden wird viel gesprochen, aber von Frieden ist nichts zu sehen, an keinem Ort, nirgends.

.....

Am 18.2. fanden in München zwei größere Friedenskundgebungen statt, eine auf dem Königsplatz mit 50000 Teilnehmern, eine zweite, eine kleinere Gegenkundgebung auf dem Odeonsplatz. Zwei Welten prallen aufeinander.

Während auf dem Königsplatz darüber gesprochen wurde, dass der Krieg unverzüglich zu beenden wäre, waren auf dem Odeonsplatz bellizistische Töne zu hören.

Eine Frau mit gebrochener und erstickter Stimme, sprach einige Sätze. Neben ihr aufgereiht: Hofreiter, Kiese Wetter, Strack- Zimmermann.

Ihre Worte waren glaubwürdig und ergreifend. Leid und Trauer klangen in ihrer Stimme mit.

Wir wollen es verhindern, dass es noch mehr Kriegswitwen gibt, wir wollen es verhindern, dass es noch mehr Waisen gibt.

Mütter hielten Schilder in die Kameras: Stop killing children!

Dann sprach Hofreiter, forderte einen kompromisslosen Sieg. Roderich Kiese Wetter toppte nach und forderte: Russland müsse lernen zu verlieren

Zitat: Hofreiter

Lasst uns gemeinsam im Parlament, in der Öffentlichkeit, auf der Straße Druck machen, dass dieser Krieg so schnell wie möglich endet, und dieser Krieg endet so schnell wie möglich, wenn wir dafür sorgen, dass so viele Waffen in die Ukraine kommen, dass Putin versteht: er kann diesen Krieg nur verlieren. Beifallsrufe

Meine Damen und Herren. Wie passt das zusammen? Frieden schaffen, nur mit Waffen?

Wie passen der Schmerz, die Sorge und die Angst zusammen mit einer Lösung, die diese Angst, diese Sorgen und den Schmerz nur immer weiter steigern würden?

.....

Meine Damen und Herren,

eine Kriegspsychose auf der einen, der Seite der Mehrheit, und eine Friedenssehnsucht auf der anderen, der Seite einer Minderheit prallen in diesen Tagen hart und scheinbar

kompromisslos aufeinander und ein gemeinsames Gespräch, wie es eigentlich Erwachsenen geziemt, findet nicht statt.

Frieden schaffen ohne Waffen, lautet das Motto dieser Veranstaltung und ich habe versucht, Sie dazu zu überreden, einen Friedensprozess als Dreischritt aufzufassen.

Der erste Schritt, das einzig Vernünftige, was wir heute tun können, ist einen Waffenstillstand zu fordern. Ohne Wenn und Aber. Kein einziges ukrainisches oder russisches Leben darf mehr geopfert werden, kein einziges. Sie sind uns alle wertvoll.

Eigentlich könnten wir hiermit die Veranstaltung beenden und wieder nach Hause gehen. Wenn wir aber auch den zweiten Schritt gehen wollen, und wir müssen ihn gehen, greifen wir die Frage auf: Was kommt nach dem Waffenstillstand? Und um uns dieser Frage zu beantworten, müssen wir den Ursprung und den Verlauf des Ukrainekrieges genauer betrachten und die unterschiedlichen Interessen der Kriegsakteure in den Blick nehmen. Denn verhandeln bedeutet, eine Brücke zu bauen und mit dem Bau der Brücke stellt sich die Frage, was dann über diese Brücke hinüber getragen werden kann und....muss.

Da wir uns als Friedensbewegung aktiv an diesem Friedensprozess beteiligen wollen – und das wollen wir, selbst, wenn wir von der Möglichkeit einer Beteiligung noch unendlich weit entfernt sind – müssen wir versuchen zu verstehen, welchen Interessen der Krieg entspringt und auf welche Interessen er zielt.

Dabei müssen wir uns immer bewusst sein, dass wir alle unsere Informationen aus den Medien erhalten. Und hier stellt sich die Frage, auf welche Informationen wir zurückgreifen, um ein ausreichendes sicheres Standbein finden zu können, damit wir die verschiedenen Interessenlagen einigermaßen realistisch beurteilen können. Diese Kenntnisse aber benötigen wir, wenn wir über Lösungen, die aus diesem Krieg hinausführen könnten, nachdenken wollen.

.....

Wie alles begann

Russland und die Ukraine und mit ihr die anderen osteuropäischen Staaten erlangten ihre staatliche Unabhängigkeit mit der Auflösung der Sowjetunion 1991. Gemeinsam ist heute der Mehrzahl dieser Staaten die kompromisslose Abneigung gegen Russland, der ehemaligen Kernrepublik der Sowjetunion. Die Wurzel des gegenwärtigen Konflikts zwischen der Ukraine und Russland kann nur unter Einbeziehung dieser gemeinsamen Vergangenheit verstanden werden.

Um die Jahrtausendwende, im Jahre 2000, dem Amtsantritt Putins, war Russland grundsätzlich bereit, sich dem Westen zu öffnen. In seiner Rede vor dem deutschen Bundestag träumte Putin von einer Wirtschaftsunion von Lissabon bis Wladiwostok und von einer mit dem Westen abgestimmten ungeteilten Sicherheitspolitik.

Die Annäherung Russlands an die EU erfolgte zu einer Zeit, in der die Emanzipation von den USA so weit entwickelt war, dass sogar darüber gesprochen wurde, ob die EU eine globale Führungsrolle übernehmen könnte.

Seit diesem Zeitpunkt bieten die USA alle Kräfte auf, um die EU und Russland wirtschaftlich und politisch zu schwächen und ihren Einfluss über die Einhegung der osteuropäischen Staaten bis an die russische Grenze auszuweiten.

Im Jahre 2000 war auch der konservative G.W.Bush in einer umstrittenen Wahl zum Präsidenten der USA gewählt worden und scharte um sich einen Kreis von Politikberatern, die beschlossen, die traditionellen demokratischen Grundsätze zu ignorieren und eine

Regierung der Macht-Eliten (Neocons) zu etablieren (Rumsfeld, Cheeney). Die USA, immer schon ein bellizistischer Staat, entschlossen sich dazu, die Welt mit einer radikalen und gewaltbasierten Politik in ein amerikanisches Imperium im Rahmen einer unipolaren Weltordnung zu verwandeln. Eine historisch beispiellose Aufrüstung, die an die Entwicklung modernster Kriegstechnologie gekoppelt wurde, sollte die militärische, wirtschaftliche und kulturelle Dominanz herbeiführen und auf Dauer sichern.

Nach den Anschlägen auf das World Trade Center und das Pentagon am 11. September 2001 wurde eine historisch beispiellose Militarisierung in Gang gesetzt. Der neue Feind waren die Staaten des Nahen Ostens, die innerhalb von 5 Jahren durch sieben völkerrechtswidrige Angriffskriege zerstört und destabilisiert wurden. Während die EU sich an einer multipolaren Ordnung abarbeitete, waren die USA bestrebt, die ganze Welt zu unterjochen.

In den folgenden Jahren drängten die USA, die nach der Auflösung der Sowjetunion nun unabhängigen und politisch und wirtschaftlich prekären Staaten Osteuropas der Nato beizutreten. So kam es nach 1999, als Tschechien, Ungarn und Polen der Nato beitraten, 2004 zu einer zweiten Nato-Osterweiterung durch Rumänien, Bulgarien, Litauen Lettland, Estland, Slowakei und Slowenien; sieben Staaten, wobei 5 Staaten direkt an Russland oder das Schwarze Meer angrenzen und somit die Sicherheitsinteressen Russlands tangierten.

Gleichzeitig begannen die USA in Osteuropa mit dem Aufbau von Raketenschilden. Als die USA 2008 versuchten die Ost-Nato um Georgien und die Ukraine zu erweitern, stellte sich Russland erstmals entschlossen quer.

Ohne auf die Einwände und Warnungen Russlands zu reagieren, kam es 2009 und 2017 zu drei weiteren Aufnahmen mit Albanien, Kroatien und Montenegro. In mehreren dieser Länder war es durch Initiative der USA zu mehr oder weniger gewaltsam durchgesetzten Regierungswechseln gekommen, denen ein immer gleiches Handlungs- und Eskalationsmuster zugrunde lag, das gewaltfrei begann und meist mit Gewalt endete.

(Zitat: Guerot, Ritz: Endspiel Europa)

Der eigentliche Putsch wird hinter organisierten Massendemonstrationen versteckt. Alles sieht so aus, als wüsste die Bevölkerung selbst den Machtwechsel. Die Technik zur Durchführung von sogenannten Farbenrevolutionen wurde von dem Politikwissenschaftler Gene Sharp entwickelt. Heute werden Farbenrevolutionen von PR-Agenturen systematisch geplant.

- Sie beginnen meist mit einem Narrativ, das die herrschende Regierung delegitimiert, weil sie korrupt sei oder Wahlen gefälscht habe.
- Gewaltfreie Demonstrationen
- Geldgeber und Berater ermöglichen, dass die Proteste lange Zeit anhalten
- Sehr oft werden Mietdemonstranten eingesetzt
- Es werden Symbole entworfen, die den Widerstand ausdrücken. In Georgien Rosen, in der Ukraine 2004 die Farbe orange
- Schließlich kommt es zu provozierten oder inszenierten Gewaltexzessen der Polizei ,
- Dann sorgen paramilitärische Gruppen für Ordnung und Ruhe
- Währenddessen haben die USA ihren Mann in der Regierung platziert
- Nach dem Beitritt zur Nato wird das Land in die EU eingegliedert. Auf diese Weise wird die EU überdehnt und ihre politische und wirtschaftliche Substanz ausgehöhlt.

Anm.: Es ist davon auszugehen, dass dieses Muster auch in anderen Osteuropäischen Staaten angewandt wird.

Und die Neocons machten keine halben Sachen. Sie reorganisierten ihre Militärdoktrin nach dem Prinzip einer „Full Spektrum Dominance“, was bedeutet, dass Armee, Marine, Luftwaffe, elektromagnetische Kriegsführung, Kriegsführung im Weltraum und Informationskriegsführung, nicht zu vergessen die Biologische Kriegsführung (46 Labore in der Ukraine) aufeinander abgestimmt sind, damit die US-amerikanische Dominanz auf Jahrzehnte hin unangefochten bleibt.

Anm.: HAARP/ Militärstützpunkt in Alaska/ Gesamleistung bis zu 100 Milliarden Watt/ das modernste, flexibelste elektromagnetische Waffensystem der Welt

In wenigen Jahren sah sich Russland, das natürlich auch nicht untätig geblieben war, von einem „Cordon sanitaire“ aus Raketen und Biowaffenlaboren umstellt.

Anm.: Das als Abwehrschild gegen den Iran begründete Raketensystem lässt sich problemlos von Abwehr- zu Angriffswaffen umprogrammieren.

Wo immer Putin sich befand, ergriff er jede Gelegenheit, diesen Zustand, der in seinen Augen die Existenz Russland bedroht, zur Sprache zu bringen.

Auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007 beklagte er den Verlust der „ungeteilten Sicherheit“, die er für den Frieden in Europa und in der Welt und für die Sicherheit Russlands als unverzichtbar ansah.

Seit 2007 haben sich die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen spürbar verschlechtert. Die NATO-Osterweiterung wurde weiter forciert und durch Politik und Medien wurde Russland in die Rolle des Feindes gedrängt.

Über Russland gibt in unseren Medien nun schon seit 15 Jahren keine positiven Nachrichten mehr. Das negative Bild eines unzivilisierten und unzuverlässigen Landes ist zur Normalität geworden. Stolz äußerte sich US-Präsident Obama: *Unsere Fähigkeit, die weltweite öffentliche Meinung zu formen, hat geholfen, Russland völlig zu isolieren.*

Die Nato-Osterweiterung wird für Russland, aber auch für die Ukraine selbst durch die aggressive Ostpolitik der USA und der EU zu einem immer größer werdenden Problem.

Ukraine

Die Bevölkerung der Ukraine zeigte sich durch die unerfüllten Versprechungen von Wohlstand, politischer Stabilität, Rechtssicherheit durch ihre Regierungen zunehmend desillusioniert und wählten 2010 mit Janukowitsch einen neuen Präsidenten, dessen Politik sich sowohl nach Westen als auch nach Russland ausrichtete, und von dem sich die Bevölkerung eine umfassende Besserung ihrer Lebensbedingungen erhoffte. Trotzdem war es nur eine Frage der Zeit, bis sich der Unmut auch gegen diesen Präsidenten entladen würde.

Ab 2013 bemühte sich die EU darum mit der Ukraine ein Assoziierungsabkommen zu schließen, dessen Inhalt die Ukraine von Russland wirtschaftlich und politisch abkoppeln musste. Auf der anderen Seite war Russland bestrebt, die Ukraine in die Zollunion mit Kasachstan und Weißrussland zu integrieren. Als Janukowitsch sich an diesem Spagat versuchte, zerriss es die Ukraine und das Land geriet in einen Strudel von Gewalt, der in dem furchtbaren Krieg, dessen Zeugen wir alle sind, endete.

Das Assoziierungsabkommen sollte die Ukraine wirtschaftlich, rechtlich, und sicherheitspolitisch auf den Westen mit den Optionen auf einen Nato- als auch EU-Beitritt ausrichten. Das Abkommen schloss eine Freihandelszone zwischen der EU und der Ukraine ein. Das musste unausweichlich dazu führen, dass die kostengünstiger produzierten und daher billigeren EU-Waren die teureren einheimischen oder aus der Zollunion importierten

Waren vom Markt verdrängt. Damit waren Deindustrialisierung und Verarmung vorprogrammiert.

Anm: Währung wurde zum Spekulationsobjekt

Ein weiteres Problem wäre aus dem Umstand entstanden, dass die Ukraine bereits Teil einer Freihandelszone im Rahmen der GUS-Staaten (Gemeinschaft unabhängiger Staaten) war. Diese Verbindung war für die Ukraine profitabler, da die russisch-ukrainische Wirtschaft noch aus Sowjetzeiten miteinander verschränkt waren. Zudem war Russland ein zuverlässiger Abnehmer ukrainischer Technologieprodukte, wohingegen der Konsum der EU-Produkte nur mit der Lieferung von Rohstoffen hätte bezahlt werden können. Problematisch für Russland war, dass, wenn die Ukraine Mitglied zweier Freihandelszonen werden würde, die billigen EU-Waren auch die russische Industrie geschädigt hätte.

Als Russland daraufhin das Gespräch mit der EU suchte, wurde es von dem damaligen Kommissionspräsidenten Barroso brüsk zurückgewiesen. Dann machten Barroso und Russland den entscheidenden Fehler: beide drückten Janukowitsch die Pistole auf die Brust: die einen verweigerten die Zufuhr von Kapital, die anderen die Lieferung von kostengünstiger Energie.

Da dieses Assoziierungsabkommen für die Entstehung des ukrainisch-russischen Konflikts von zentraler Bedeutung ist, zitiere im Folgenden einige Äußerungen des ehemaligen ukrainischen Premierministers Nicolai Asarow, dieser in einem Interview machte.

Auf der diplomatischen Ebene hat Barroso [damals EU-Kommissionspräsident] sehr klar gesagt: «Wenn ihr das nicht unterschreibt, wird es ein anderer Präsident und ein anderer Premierminister unterschreiben.» Ich glaube, dass diese Aussage sehr deutlich unterstreicht, welches Machtverhältnis zwischen der EU und der Ukraine damals existierte.

Welche Interessen hat die EU denn Ihrer Meinung nach mit dem Vertrag verfolgt?

Heute ist das vollkommen klar. Das Hauptziel der europäischen Politiker war die Umsetzung amerikanischer Vorgaben, um alles zu unternehmen, dass die Ukraine geopolitisch nicht in die euro-asiatische Zollunion Russland-Kasachstan-Weissrussland eintritt. Und insbesondere die Verbindung zwischen der Ukraine und Russland zu schwächen. Und damit auch indirekt einen Konflikt zwischen der Ukraine und Russland zu begründen.

Ich bin heute nach den vergangenen drei Jahren, in denen wir real die Entwicklungen haben mitverfolgen können, aber umso mehr überzeugt, dass besonders die Außenpolitik der EU alles andere als unabhängig gewesen ist.

Zu den Vorwürfen, die Regierung unter Janukowitsch sei prorussisch gewesen, sagte Asarow:

Aber man muss im Hintergrund verstehen, dass Russland trotzdem unser größter Wirtschafts- und Handelspartner war. Deswegen war es für uns existenziell, gute nachbarschaftliche Beziehungen zu Russland zu pflegen. Russland hat uns große Mengen an Öl, Gas und andere Energieträger zur Verfügung gestellt. Und historisch gesehen, haben wir mit Russland eine sehr stark gemeinschaftlich-integrierte Wirtschaft. Über die gemeinsamen Energieleitungen hat uns Russland in den kalten Wintern große Mengen an Energie zur Verfügung gestellt. Deswegen war es strategische Aufgabe jeder unserer Regierungen, gute nachbarschaftliche Beziehungen zu Russland zu pflegen. Und darin besteht auch die zum Ausdruck gebrachte «pro-russische» Haltung unserer Regierung.

Janukowitsch entschied sich dafür das Assoziierungsabkommen nicht zu unterschreiben, worauf die proeuropäische Jugend den Maidan schließlich mit Hunderttausenden von Protestierenden füllte.

Quelle:

<https://www.infosperber.ch/politik/welt/ohne-hilfe-der-welt-haette-es...>

Interview mit dem damaligen Premierminister Nicolai Asarow 2016 / Buch **«Die Wahrheit über den Staatsstreich»**

Und Sharps Revolutionsschema spulte nun ab wie am Schnürchen. Befeuert und bezahlt wurde alles von den USA.

Nach wochenlangen Happenings (Mc Caine, Nuland, Westerwelle, Beck u.a.) kam es zu gewalttätigen Ausschreitungen (Janukowitsch hatte den Platz gewaltsam räumen lassen, Schüsse fielen, es gab 100 Tote).

Die Unruhen griffen auf das Parlament über, es wurde unter groben Brüchen der Verfassung eine neue Regierung installiert und dann wurde martialisch durchgegriffen und alles Russische verfolgt, unterdrückt und aus dem öffentlichen Leben verbannt.

Neonazi-ähnliche Gruppen übernahmen nach und nach in der Ukraine Funktionen im Sicherheitsapparat. Da die neue Regierung russisch als Amtssprache verbot, kam es zur Abspaltung einiger russischsprachiger Regionen, insbesondere der Krim und den Republiken Luhansk und Donezk.

Um die Kontrolle über die autonome Krim und separatistischen Oblaste Luhansk und Donezk zurückzugewinnen, startete die Regierung in Kiew am 15.4.2014 die sogenannte Anti-Terror-Operation (ATO), an der sich ukrainische Regierungstruppen und Freiwilligenverbände auf der einen und von Russland bewaffneten und ausgebildeten prorussischen Separatisten auf der anderen Seite. Von diesem Krieg, dem in 7 Jahren 15000 Soldaten zum Opfer fielen und von dem Leid der ostukrainischen Bevölkerung nahm man in den westlichen Gesellschaften nur am Rande Notiz.

Eine der ersten Handlungen der neuen Regierung war die Duldung und Rechtfertigung des Massakers von Odessa am 2.5.2014, als rechtsnationale Paramilitärs prorussische Demonstranten in einer konzertierten Aktion angriffen und das Gewerkschaftshaus, in das sich auch Frauen und Kinder zu retten versuchten, anzündeten. 48 Menschen starben in dem Flammen und im Rauch.

Und ein zweites Mal versagte die EU. Der deutsche Außenminister Steinmeier hatte zusammen mit seinen Kollegen aus Frankreich und Polen eine „Vereinbarung über die Beilegung der Krise in der Ukraine“ ausgehandelt, die einen geregelten Machttransfer im Rahmen der Verfassung vorsah. Daran aber waren die neuen Machthaber nicht interessiert, sie ignorierten die Vereinbarungen, nicht zuletzt, weil die Unterhändler, die EU, die deutsche Regierung sich wochenlang ausschwiegen, ein Schweigen, dass ein Zugeständnis an den Staatsstreich war.

Und dann nahm der Taumel in einen mörderischen Stellungskrieg Fahrt auf. Alle Rüstungsbeschränkungen und Abrüstungsverträge wurden sukzessive aufgehoben. Die

Ukraine und Russland wurden vollgestopft mit Kriegswaffen modernster Technologie vollgestopft, Kriegswaffen mit einem unvorstellbaren Zerstörungs- und Tötungspotential.

.....

Studiert man die westlichen Kriegsvorbereitungen im Detail, so wird deutlich, dass der Ukraine die Rolle zukam, stellvertretend für den Westen einen Krieg mit Russland zu beginnen, der dann militärisch und logistisch von Nato- Mitgliedstaaten unterstützt werden sollte, ohne die Allianz insgesamt direkt in den Krieg zu involvieren.

Dieser Prozess sollte begleitet werden durch einen Wirtschaftskrieg (Sanktionen), Informationskriegsführung (antirussische Propaganda) und eine nukleare Einkreisung Russlands, die vor allem durch das Raketenschild in Rumänien und Polen sowie seegestützten, insbesondere Zerstörern der Arleigh-Burke-Klasse sichergestellt werden sollte. All diese Maßnahmen entsprachen dem Streben der USA nach „Full Spectrum Dominance“ und zielten darauf ab, Russland auf mehreren Ebenen so weit zu schwächen, dass das Land sein Gleichgewicht verlieren und die Regierung gestürzt würde.

Eine Beschreibung der Manöveraktivitäten im Jahr 2021 und 2022 beweisen, wie umfangreich die Militäroperation im Februar 2022 geplant waren. Innerhalb eines Jahres wurden in der Ukraine 20 Großmanöver durchgeführt. Ab dem 16.2.23 stiegen die Explosionen und Waffenstillstandsverletzungen exponentiell an.

Alle diese Fakten beweisen, dass sich sowohl die Ukraine als auch ihre Unterstützer im Westen, allen voran die USA, Großbritannien und Kanada seit 2014 aktiv auf einen Krieg vorbereiten.

Bereits im Juni 2020 war die Ukraine zum sechsten Nato-Partner mit erweiterten Möglichkeiten geworden und genoss gegenüber der Nato den gleichen Rang wie beispielsweise Australien. Die militärische Integration der Ukraine in die Militärstrukturen, insbesondere der USA, Großbritanniens und Kanadas ging wesentlich weiter als selbst die Kooperation zwischen den bestehenden Nato-Mitgliedern.

Dazu kommt, dass die Ukraine bei Kriegsbeginn bereits die wesentlichste Komponente und das technologische Wissen zum Bau einer Atombombe in großen Mengen besaß. Denn die Ukraine war in der Zeit der Sowjetunion ein Zentrum für Hochtechnologie gewesen.

Zudem ist durch eine Aussage Victoria Nulands, Staatssekretärin für politische Angelegenheiten, bezeugt, dass die Ukraine über 46 biologische Forschungslabore verfügte. Von russischer Seite werden die Labore der Biowaffenforschung zugerechnet.

Die Rolle der USA

Dieses Land hat seit seiner Gründung 1776 220mal Krieg geführt, seit 1945 44 Staaten rund um die Welt angegriffen und das immer unter dem Banner der Menschenrechte und Demokratie. In Wahrheit haben diese **Interventionen immer zur vollständigen Destabilisierung** und Aufteilung von souveränen Staaten geführt. Länder zu zerstören ist Teil des US-imperialen Projekts mit dem Ziel der globalen Herrschaft

Bereiten sich auf milit. Auseinandersetzungen im Nahen Osten, im Iran und im Pazifik vor.

Seit 2014 führen die USA die Ukraine gezielt an die Nato heran.

In der Ukraine sind die USA direkt in den Krieg involviert: Sie versorgen die Ukraine mit Geheimdienstberichten, liefern Zielinformationen für Drohnen und Raketen.

Schwarzmeer-Raketenkreuzer Moskova versenkt.

Seit 2010 bildet die Nato jährlich 10000 ukrainische Soldaten aus und führen in den Osteuropäischen Staaten regelmäßig zahlreiche Militärübungen durch.

Politologe John J. Mearsheimer Telepolis 3.7.22

- Die USA sind für den Krieg verantwortlich
- Putin ist existentiell bedroht
- USA nicht an Frieden interessiert

CIA-Chef Burns (2008 Botschafter in Moskau)

In einer Memo an Condoleeza Rice

Der Beitritt der U. in die Nato ist die hellste aller roten Linien für die russische Elite. In mehr als zweieinhalb Jahren Gesprächen mit wichtigen russischen Akteuren bis hin zu Putins schärfsten liberalen Kritikern habe ich noch niemanden gefunden, der die Ukraine in der Nato als etwas anderes als eine direkte Herausforderung der russischen Interessen betrachtet.

Zum gegenwärtigen Stand der Auseinandersetzungen sagt Burns im Februar:

Die nächsten 6 Monate sind kriegsentscheidend für die Ukraine. Der Schlüssel wird in den nächsten 6 Monaten auf dem Schlachtfeld liegen.

Die Sicherheit der USA hängt nicht von der NATO-Osterweiterung ab. Russland hat die USA seit 2008 wiederholt aufgefordert, die NATO aus der Ukraine herauszuhalten – eine Region, die für Russland von vitalem Sicherheitsinteresse ist. Putins Warnung vor der NATO-Osterweiterung war so ernst wie nachvollziehbar

Die USA hatten zu keiner Zeit Interesse an einer Friedenslösung. Ihr Ziel war es im Rahmen der „Full Dominance Strategy“, die bis heute dazu dient das US-Ziel einer unipolar-amerikanischen Weltordnung zu verwirklichen, die Ukraine als Frontstaat gegen Russland in Stellung zu bringen. Aber der Krieg wird nicht nur von den USA allein vorbereitet. Großbritannien und Kanada sind weitere wirkmächtige Akteure, was wegen der Fokussierung auf die USA leicht übersehen wird.

In einem Vortrag vor dem Chicago Council on Global Affairs 2015 sagte der Geostratege Friedman offen, dass es Ziel der US-Politik sei, Russland durch einen Sicherheitsgürtel, der sich von den Baltischen Staaten über Polen, die Ukraine bis zu den Balkanstaaten erstreckt, abzutrennen. Die Amerikaner hätten das Interesse, ihren Einflussbereich so tief in den russischen Raum hinein auszudehnen, wie nur möglich. Ideal wäre eine Linie von St-Petersburg bis Rostow, die Russland von Europa abschneiden würde. Die USA wollten verhindern, das deutsches Kapital und deutsche Technologie in Verbindung mit russischen Rohstoffen und russischer Arbeitskraft eine Macht erzeuge, die den unipolaren Machtanspruch der USA infrage stellt.

Aus diesen Äußerungen geht hervor, dass die Abspaltung Russlands mindestens seit 2015 geplant ist.

Das war nur mit einer manipulierbaren und korrupten Zentralregierung möglich, die man erfolgreich installierte.

Zitat: Premierminister Asarow

Ausserdem hat unser Geheimdienst mir jeden Tag berichtet, dass die Führer des Maidan ständig zu Konsultationen in der amerikanischen Botschaft waren. Das ist im Prinzip auch offen zugegeben worden und hat auch Obama bestätigt. Nach Kiew kamen auch Frau Nuland [Assistant Secretary of State im US-Aussenministerium] und der Chef des State Departements. Ich habe mich mit Victoria Nuland getroffen und ihr die Situation geschildert. Sie hat sie besser gekannt als ich. Und sie hat versucht, mich zu überzeugen, dass die Ukraine eine Regierung der nationalen Einheit braucht.

Den gesamten Dezember über sind verschiedenste Vertreter westlicher Länder nach Kiew gereist. Da waren Kaczyński, McCain, Westerwelle und viele andere. Alle diese Vertreter haben auf dem Maidan gesagt, dass sie die Demonstranten unterstützen. Nuland hat gesagt, dass der Erfolg der Demokratie, so wie sie diesen Staatsstreich genannt hat, die USA fünf Milliarden Dollar gekostet hat.

Mit den Minsker Abkommen wollte man allein Zeit gewinnen, um die Ukraine militärisch aufzurüsten und die Soldaten nach Nato-Standards zu trainieren.

Zitat: Stoltenberg: Wie sie wissen haben die Nato-Verbündeten der Ukraine ein noch nie dagewesenes Maß an militärischer Unterstützung gewährt. Die Nato-Verbündeten und die Nato sind seit 2014 vor Ort und haben die ukrainischen Streitkräfte ausgebildet, ausgerüstet und unterstützt.

Nordstream II

Die Verhinderung von Nordstream zwei war von Beginn an eines der zentralen Anliegen der USA. Dies bezeugen zahlreiche und in der Regel frappierend unverblümete Aussagen von Präsident Biden, von dem ehemaligen Präsidenten Trump und unzähligen hochrangigen Mitgliedern der Behörden.

Der Schweizer Firma Nord-Stream 2 AG, die Röhren für die Pipelin produzierte, wurde von Präsident Biden offen die „Vernichtung“ (Sanktionen)angedroht, sollte sie ihre Tätigkeit nicht einstellen.

Dass es sich bei dem Anschlag auf die Pipeline um einen terroristischen Akt handelt, dazu noch auf einen Bündnispartner der Nato, wird von der Regierung lauwarm bestritten, aber der fehlende Wille zur Aufklärung, die zahlreichen Androhungen, dass die Pipeline zerstört würde und die unverhohlene Freude über die gelungene Ausführung zeugen von tiefem Verständnis und der Bereitschaft, die Täter zu decken. Auch hier besteht mindestens der Verdacht des Hochverrats.

Victoria Nuland (Anhörung US-Kongress): „Senator Cruz, wie Sie bin auch ich- und ich denke auch die Regierung – sehr erfreut darüber, dass Nord Stream 2 nun, wie Sie sagen, ein Haufen Metall auf dem Meeresgrund ist“.

Fazit:

Die Osterweiterung war ein eindeutig aggressiver Akt, der die Sicherheit der ursprünglichen NATO-Mitgliedstaaten nicht verbessert, sondern verschlechtert hat. Die neuen Mitglieder verfügten über vernachlässigbare militärische Mittel, brachten aber alle ein massives

Konfliktisiko mit sich. Fast alle hatten keine demokratischen Traditionen, eine lange Geschichte politischer Intoleranz, eine Geschichte von Konflikten mit Russland und waren intolerant gegenüber ethnischen Russen innerhalb ihrer Grenzen. Ihr Beitritt zur NATO bedeutete, dass sich die ursprünglichen Mitgliedstaaten verpflichteten, Länder zu verteidigen, bei denen man mit hoher Wahrscheinlichkeit erwarten konnte, dass sie einen Konflikt mit Russland provozieren würden.

Was tragen wir über die Brücke?

Ein tragfähiger Frieden wird nur möglich sein, wenn die Kriegakteure ihre Befindlichkeiten und Kriegsziele hinterfragen und bereit sind.....fertig machen!

Bennett: Verhandlungen in Istanbul

Eine Friedenslösung wurde von den USA und Großbritannien verhindert.

.....

Ich will zum Schluss noch einen Blick auf die Verlierer des Krieges werfen

Die EU

1. Es ist Europa, das am meisten unter den direkten Schäden und Rückwirkungen des Krieges in der Ukraine zu leiden hat.

Zweitens hat Europa auf eine große wirtschaftliche Chance verzichtet, indem es der strategischen Führung der USA gefolgt ist. Russland und Westeuropa sind eine himmlische wirtschaftliche Verbindung. Russland hat natürliche Ressourcen und braucht Kapital. Europa hat Kapital und braucht natürliche Ressourcen. Beide verfügen über wissenschaftliches Know-how und gebildete Bevölkerungen.

Drittens hat die NATO-Osterweiterung ein trojanisches Pferd der USA geschaffen, das Europa im 21. Jahrhundert zu destabilisieren verspricht. Die neuen Mitgliedstaaten sind den USA gegenüber loyaler als gegenüber Westeuropa. Das hat Polen wiederholt unter Beweis gestellt. Es hat US-Militär- und Zivilflugzeuge anstelle von europäischen Flugzeugen gekauft und hat nun eine autonome US-Militärbasis in vollem Umfang in Polen eingerichtet.

Viertens: Die Versprechungen vom allgemeinen Wohlstand für die osteuropäischen Länder, Versprechungen von Frieden, Freiheit und Rechtssicherheit, erwiesen sich als brüchig. Gegen das starke wirtschaftliche Zentrum hatten die Osteuropäer nie eine Chance. Ihre Produktivität, ihre Währung und ihre eigenständige Innovationsfähigkeit blieben schwach und sie entwickelten sich nicht zu Partnern auf Augenhöhe – die unabdingbare Grundvoraussetzung für eine stabile Union – sondern blieben Lieferanten für Rohstoffe und Lebensmittel und wurden in den Konsum westlicher Waren und in Verschuldung gedrängt. Durch die Öffnung der Grenzen und die Liberalisierung der Arbeitsmärkte verlassen Millionen Menschen das Land, so dass eine Mitgliedschaft in der EU geradezu verhindert, dass ein Land wie die Ukraine seine Verhältnisse selbst gestalten kann. Statt dessen blutet das Land aus und sucht Trost in einem fanatischen Nationalismus, wie der Bandera-Kult, dem auch der ehemalige Botschafter Melnyk öffentlich und ungestraft huldigen darf.

Ukraine bestausgebildetste und modernste Armee in Europa. Verlagerung der Initiative nach Osteuropa (Polen und Ukraine – Marschallplan)

Deutschland, der Verlierer

Über Deutschland zu sprechen, ist in diesen Tagen verbunden Gefahren für Leib und Leben und erinnert an einen Vers der Göttlichen Komödie als Dante, der sich im Wald verirrt hatte von einem Führer zum Tor der Hölle geleitet wird, über dem die Inschrift verkündet:

Lasciate ogne speranza, voi ch'intrate: Ihr, die ihr hier eintretet, lasst alle Hoffnung fahren.

Deutschland ist längst in den Krieg involviert und **eindeutig Kriegspartei**. Zu diesem Ergebnis kamen auch die Juristen des Wissenschaftlichen Dienstes der Bundesregierung.

Militärische Beratung, die Ausbildung ukrainischer Soldaten, die Lieferung extrem tödlicher Waffensysteme, die völlige Aufgabe der nationalen Interessen Deutschlands unter die US-Nato-Ziele zeigen, wie umfassend die Berliner Kriegscoalition, zu der auch die CDU/CSU zählt, in kriegerische Handlungen verstrickt ist. Die Energiekrise und der wirtschaftliche Niedergang der BRD zeigen den Schwenk von der Freien Marktwirtschaft zu einer **Kriegswirtschaft**. Alle juristisch -völkerrechtlichen Winkelzüge können diese Tatsachen nicht verschleiern. Sie dienen allein der Manipulation und der Täuschung der Bevölkerung.

Die deutsche Regierung täuscht sich selbst, wenn sie leugnet, dass sie sich im Krieg mit Russland befindet und der Ukraine nur helfen würde mit der russischen Aggression fertig zu werden.

Der Umfang der Unterstützung zeigt, dass auch die Bundesregierung alles auf einen militärischen Sieg gegen Russland gesetzt hat.

Und immer wieder stellt sich die Frage:

Was aber, wenn Russland nicht unterliegt, wenn es keinen totalen Sieg geben wird - und das ist doch sehr wahrscheinlich – wird unsere Regierung dann nicht irgendwann doch wieder eine Brücke in das Reich des Bösen bauen müssen und was soll dann über diese Brücke hinübergetragen werden? Irgendetwas von dem „Russland ruinieren „und etwas von dem „für immer“ wird dann preisgegeben werden müssen.

Es ist den USA gelungen, Deutschland für seine Ziele „als Speerspitze“ der US-Kriegsziele zu instrumentalisieren.

Die deutsche Bevölkerung, allen voran die „selbsternannten Eliten“ zeigen sich unwillig und unfähig, das Ausmaß und die Gefahr dieses Krieges zu erkennen, sie sind des demokratischen Rechtsstaats überdrüssig, die Gleichschaltung der Medien verdrängen sie als eine Theorie von Regierungsdelegitimierern. Sie fühlen sich wohl in der Volksgemeinschaft, im Krieg gegen Putin, gegen Russland und alles Russische. Kriegsverbrechen begeht nur das Monster Putin. Selbstreflektion und Selbstkritik gibt es nicht.

Als Russland im Februar 2022 in die Ukraine einfiel und Kanzler Scholz mit einer völlig überemotionalen Rede vor dem Bundestag das Volk auf Temperatur gebracht hatte, durchschwappte das Land eine beschämende Welle der Russophobie, die jedem Vergleich mit den Vorgängen in der Ukraine im Februar 2014 standhält und die eine beispiellose Pogromstimmung gegen alles Russische entfachte. Ganz vorne an der Front unsere wertegeleiteten Hauptmedien. Geschäfte und Autos wurden beschmiert, Künstler als Konspiratoren aus der Öffentlichkeit verbannt, selbst die Königin von Dänemark ließ es sich nicht nehmen einer russischen Zeichnerin, die einen Wettbewerb gewonnen hatte, die Ehrung wieder abzuerkennen. Der Lack der Zivilisation in Deutschland war ab.

.....

Ein noch dunkleres Kapitel stellt die Rede des CDU- Bundestagsabgeordneten Roderich Kiesewetter am 18.2.23 in München auf dem Odeonsplatz dar, in der Kiesewetter im Namen des Bundestags eine eindeutige Kriegserklärung nach Russland sandte. Diese Aussage ist in ihrem Gehalt ähnlich extrem wie die Äußerung Annalena Baerbocks im Rahmen der Parlamentarischen Versammlung des Europarats in Straßburg, als sie sagte: „Wir führen einen Krieg gegen Russland und nicht gegeneinander“. Sie sagte das übrigens nicht in einer öffentlichen Rede, wie das Kiesewetter tat, sondern aus einer diskursiven Gesprächssituation heraus.

Zitat: Roderich Kiesewetter

Wir Abgeordnete stehen für unsere Wahlkreise, aber auch für das gesamte deutsche Volk. Und wir sind nur unserem Gewissen unterworfen. Und deswegen stehen wir hier gemeinsam an eurer Seite, um klar zu machen, dass ein Großteil des Bundestages, über 580 Abgeordnete, für massive Unterstützung der Ukraine bereits im April letzten Jahres geworben haben. Und wir erwarten von unserer Bundesregierung, dass sie das als Ermutigung auffasst, dass sie weiß, da stehen fast 600 Abgeordnete von 730, die bereit sind, die Ukraine medizinisch, aber auch mit Infrastruktur, aber vor allem militärisch zu unterstützen. Ich verstehe als Unionsabgeordneter nicht, warum wir über Monate nicht die Ukraine mit Schützenpanzern, mit Kampfpanzern und anderem schweren Gerät vorbereitet haben.

Heute, wo die Amerikaner sagen, wir sind bereit, weiter zu gehen, sind wir es endlich auch. Wenn wir als Europäer unser Schicksal in die Hand nehmen wollen, dann dürfen wir nicht abwarten, sondern müssen zeigen, dass wir selbst willens sind, die Ukraine massiv zu unterstützen. Und dafür sind wir hier, um zu sagen, die Ukraine muss diesen Krieg gewinnen und nicht, sie darf ihn nicht verlieren.

Und dazu kommt, dass wir deutlich machen müssen, Russland muss (verlernen) muss lernen, diesen Krieg zu verlieren. Russland muss seine Kolonialmacht aufgeben. Russland muss akzeptieren, dass die Ukraine, dass Weißrussland, dass Moldau, die Baltischen Staaten selbstständige souveräne Staaten sind.

Und die Ukraine nicht Kleinrussland ist, sondern der Ursprung, die Kiewer Rus, ist 800 gegründet worden. Ihr seid der Ursprung des Ganzen und darauf müsst ihr stolz sein.

(...)

Ich habe großen Respekt vor den Großeltern, (...) die die Kinder in den Bunkern vor Staub schützen und Mütter und die Väter sind an der Front und in den Fabriken. Und die Mütter sind mit ihren Kindern hier her gekommen und die Väter kämpfen. Und wir müssen alles tun, damit dieser Krieg nicht mit noch mehr Witwen und Waisen nach Hause geht, sondern dass eine Aussicht besteht, Russland zu besiegen. Und das bedeutet, mehr zu tun, bereit zu sein, auch unserer Gesellschaft zu sagen, wenn wir nicht alles tun, damit die Ukraine diesen Krieg gewinnt, dann werden wir Kriegspartei. Wir sind alle Kriegsziel, unsere Infrastruktur, unsere Kommunikation, unsere Art zu leben, das ist Russland ein Dorn im Auge. Deswegen muss unsere Gesellschaft stehen. In jedem unserer Wahlkreise sind Tausende Ukrainer. Wir bitten

euch: macht Dampf, macht Mut, auch mit unserer Bevölkerung. Lasst uns Schulter an Schulter alles dafür tun, dass wir diesen Krieg gewinnen. Gemeinsam! Slava ukraini!

Ja, die Bundestagsabgeordneten sind nur ihrem Gewissen verantwortlich, aber leitet sich daraus das Recht zur Gewissenlosigkeit ab?

Ein weiterer Beleg dafür, dass die Bundesregierung mit den Kriegsvorbereitungen der USA seit 2015 konform ging ist das öffentliche Bekenntnis von Angela Merkel in einem Interview mit dem Spiegel, dass der Krieg in der Ukraine von den USA, der EU, Großbritannien, der Ukraine und Deutschland **vorsätzlich und gezielt** vorbereitet worden sei.

Sie sagte, dass die Minsker Abkommen zu keiner Zeit beabsichtigten, den Krieg in der Ostukraine zu befrieden. Sie betonte ausdrücklich, dass die Abkommen der ukrainischen Regierung Zeit geben sollten, einen umfassenden Krieg vorzubereiten und durchzuführen. Merkel hat also die Menschen auf der ganzen Welt, insbesondere die russische Regierung, die russische Bevölkerung, die deutsche Bevölkerung und in unverantwortlichster Weise die ukrainische Bevölkerung, die die Hauptlast des Krieges zu tragen hat, bewusst getäuscht und gegen ihren Amtseid verstoßen.

.....

In Deutschland ist es nicht mehr möglich, den Krieg in der Ukraine in einem angemessenen **politischen Kontext** zu betrachten.

Der staatsumstürzende und zutiefst verfassungsfeindliche Extremismus enthüllt seine hässliche Fratze in unseren Parlamenten und Gerichtssälen. Wer immer auch versucht, die Politik zu mahnen auf den Boden der Verfassung zurückzukehren, wer immer auch nur die feinste Kritik an der Regierung ausspricht, wer immer es wagt, von Mitverantwortung, von Diplomatie oder gar von Frieden zu sprechen, wird als Querdenker und Nazi diffamiert, existentiell ruiniert und von den staatshörigen Gerichten gnadenlos abgeurteilt. (Arndt, Schmalz)

Um sich gegen die Kritik der Bürger zu immunisieren haben sie sich, über die Köpfe der Bürger hinweg, selbst **verfassungswidrige Gesetzesgrundlagen geschaffen**, die sie jetzt frech gegen kritische und friedensliebende Bürger für ihre Interessen instrumentalisieren. Volksverhetzung und die Billigung eines Angriffskrieges, wie sie in § 130 StGB 130 und § 140 StGB erweitert wurden, öffnen der Regierung und der von ihr abhängigen Justiz beliebige Möglichkeiten, unliebsame Kritiker der Regierungspolitik mit empfindlichen Geldstrafen oder Gefängnisstrafe einzuschüchtern.

Friedensaktivist Brücker

Das Amtsgericht Tiergarten in Berlin hat den Friedensaktivisten Brücker zu einer vierstelligen Geldstrafe verurteilt, weil er in einer Rede zum 81. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion am 22.6.2022 mahnte, man müsse auch offen und ehrlich versuchen die russischen Gründe für die Militärische Sonderoperation in der Ukraine verstehen. Der Richter Pollmann wertete dies als eine „Billigung des völkerrechtswidrigen Überfalls Russlands auf die Ukraine. Die Aussage erschütterte das Vertrauen der Bevölkerung in die Rechtssicherheit und sei geeignet das „psychische Klima“ in der Bevölkerung aufzuheizen.

Die Erschütterung der Rechtssicherheit soll also vermieden werden, aber gemeint ist, dass sich die Bevölkerung nicht über die Rechtsbrüche, über die Verfassungsfeindlichkeit, über die Unmoral der Kirchen, über den Verlust ihrer Freiheit und den Missbrauch des Gemeinwohlgedankens beunruhigen darf. Auffallend auch der Zeitgeist der „staatlichen

Bevormundung“, der den mündigen Bürger nicht will, nicht anerkennt, ihn für zu dumm dazu hält, selbstständig zu denken und seine Interessen zu erkennen und zu schützen.

Dazu ein Zitat des ehemaligen Bundeskanzlers Willy Brandt:

Der Respekt vor dem mündigen Bürger verlangt, dass man ihm Schwierigkeiten nicht vorenthält (Willy Brandt 14.1.1970)

.....

Die mediale Dauerverhetzung gegen Putin, gegen Russland, gegen die russischen Bürger und gegen die russische Kultur hat dazu geführt, dass in den Köpfen der Menschen eine aggressive kollektive Kriegsbereitschaft „installiert“ worden ist.

Der Ruf nach Gewalt und Ausgrenzung im dauerhaften **medialen Trommelfeuer (Wagenknecht)** fand und findet in der deutschen Bevölkerung große Resonanz.

Schande für Deutschland,

Grüne wollen den Verfassungsschutz einschalten

Redaktionsnetzwerk: Wagenknecht schafft die Demokratie ab

Medien zu Wagenknechts Friedensmanifest

T-online: unerträglich

Münkler : Berater und Chefhistoriker: gewissenlos

Masala (Chef-Politologe): Zynismus pur. Ausdruck übelsten Nationalpazifismus

Taz: politico-obszön. Amoralisch sie alle. Nichts anderes

Tagesspiegel: Die Unterzeichner lehnen es ab, mit einer Ausweitung des Krieges zu leben. Die Kosten für die Bewahrung des Seelenfriedens bürden sie der Ukraine auf

.....

Kündigung von Ulrike Guerot

Ulrike Guerot hat eine Professur für Europapolitik an der Universität Bonn. In ihrem jüngsten Buch: Endspiel Europa thematisiert sie die Mitverantwortung der EU und der USA am Ausbruch des Ukrainekonflikts. Guerot, die auch die Coronapolitik der Bundesregierung kritisierte, wurde vor wenigen Tagen wegen Verletzung wissenschaftlicher Standards gekündigt.

.....

Nordstream

Obwohl die Zerstörung von Nordstream II mit größter Wahrscheinlichkeit durch die USA verübt oder mindestens veranlasst wurde ist es heute kein Geheimnis mehr, wann und wie dieser Terroranschlag ausgeführt wurde. Die Unterbrechung der russischen Gas- und Ölversorgung verändert unsere Lebenswirklichkeit nachhaltig. Viele von uns werden aufgrund der Verteuerung von alternativer Energie ihr Leben nicht mehr gestalten können wie bisher.

Machen wir uns nichts vor: mit der Verteuerung der Energie ist ein tiefer Eingriff in unsere Grundrechte verbunden, so z.B. das Grundrecht auf Freizügigkeit, insbesondere der Mobilität und damit auch in unsere persönlichen Freiheitsrechte.

Ein Grundprinzip der Demokratie und des Rechtsstaates ist, dass der Staat die Voraussetzungen dafür schafft, dass jeder Bürger sein Leben im Rahmen unseres Grundgesetzes selbst gestalten kann.

Aus der Tatsache, dass die Regierung an der Aufklärung dieses Angriffs auf die „sensible Infrastruktur der Bundesrepublik“ also eines Angriffs auf die Bevölkerung, kein Interesse zeigt und aus der Tatsache, dass nicht Russland ein Gasembargo gegen Deutschland verhängt hat, sondern umgekehrt Deutschland die Lieferungen von Gas und Öl aus Russland unterbunden hat, ergibt sich, dass die Regierung Scholz mit diesem Grundprinzip der Daseinsfürsorge für die deutsche Bevölkerung gebrochen hat. Sollte sich herausstellen, dass die Sprengung der Nordstream-Pipelines von einem NATO-Partner mit dem Wissen der Bundesregierung durchgeführt wurde, käme das einer Kriegserklärung und dem Hochverrat an der Bundesrepublik Deutschland gleich.

Die Reaktionswelle, die der Anschlag auf Nordstream in Gang gesetzt hat, ist noch nicht wirklich in der breiten Gesellschaft auszukommen. Diese Welle wird uns erst zeitverzögert erreichen, denn es wird dauern bis die Ausstiege aus Verträgen rechtlich vollzogen sind, Wirtschaft und Handel massive Einbrüche erleben, Arbeitsplätze verloren gehen und wir unseren Wohlstand verlieren.

Dass sich unsere Bundesregierung weigert, den Fall zu untersuchen, der Bundesanwalt, der sonst schon auf der Matte stand, wenn einer die Maske einen Zentimeter verrückte, um ein Nasenloch freizubekommen, ist wohl tätig, aber es liegt die Vermutung nahe, dass er hierbei, wie der Volksmund sagt, zum Jagen getragen werden muss.

Meine Damen und Herren, von der Zerstörung der Natur in der Nordsee haben wir jetzt noch gar nicht gesprochen.

Schluss

Ein Land, das vorgibt sich besonders für den Frieden zu engagieren und dabei nicht bemerkt, wie es moralisch völlig entartet, Frieden, Sicherheit und Wohlstand einer sinnlosen religiösen Verehrung den Interessen den ukrainisch-amerikanischen Kriegszielen opfert und das als Vasall der USA dabei ist in die Bedeutungslosigkeit abzusinken, ja schon abgesunken ist. Gerade als bisher wirtschaftlich stärkstes Land, wäre Deutschland dazu verpflichtet – und so ist das auch in der Verfassung ausdrücklich festgelegt – sich unverzüglich für einen Waffenstillstand einzusetzen und als Mediator zwischen den Kriegsparteien auf einen tragfähigen und nachhaltigen Frieden hinzuwirken.

Aber Deutschland kann nicht auf den Frieden hinwirken, da es selbst mindestens indirekt in die kriegerischen Handlungen verwickelt ist.

.....

Unbestreitbar ist, der Einfall Russlands in die Westukraine war völkerrechtswidrig. Das Gewaltverbot im Völkerrecht muss ausnahmslos gelten, ansonsten ist es überflüssig.

Auch ist Art.1 GG - der ein Menschenrechtsbekenntnis ist - für uns Deutsche die nicht hintergehbare Norm unserer Verfassung, unserer Gemeinschaft, unseres Gemeinnsinns. Wo immer geschossen wird, kann es mit der Würde des Menschen nicht weit her sein, ob in Russland oder auch in der Ukraine.

Ja, Russland hat den Krieg ausgelöst, aber ist es auch allein für diesen Krieg verantwortlich?

Machiavelli war ein politischer Philosoph des ausgehenden 15. Jh., der das Wesen der politischen Macht untersuchte und in diesem Zusammenhang über die Ursachen des Kriegs nachdachte. Es war eine Zeit, in der die Stadtstaaten Norditaliens häufig in kriegerische Auseinandersetzungen verwickelt waren.

Nicht wer zuerst zu den Waffen greife sei Anstifter des Unheils, sondern wer dazu nötige.

Meine Damen und Herren, aus dem Lebensalltag wissen wir, dass zuerst nach den Waffen greift, kann dies dann aus Gründen der Selbstverteidigung tun.

Nach dem Völkerrecht unterliegen Kriege zur Selbstverteidigung keinem eindeutigen Verbot. Selbstverteidigung ist komplexer und widersprüchlicher als ein Angriff. Sie kann theoretisch auch einen Erstschlag rechtfertigen, der formal als Angriff gewertet werden kann. Nach Art.51 UN-Charta ist das Recht der Staaten zur Selbstverteidigung „naturegegeben“.

Natürlich betrifft das alles ganz besonders auch die Ukraine. Als souveräner Staat kann sie einen Angriff auf die Bevölkerung und ihr Staatsterritorium nicht dulden. Diesen Angriff hat Russland geführt und in diesem Sinne hat sich Russland schuldig gemacht. Das ist aber nur ein Aspekt unter anderen. Unter einem anderen Aspekt sehen wir, dass die USA im Gewande der NATO mit Unterstützung der EU in ihrem Streben nach „full dominance“, in ihrem Ziel zur einzigen Weltmacht zu werden, diesen Krieg akribisch vorbereitet und „hinter den Kulissen“ ausgelöst hat. Russland wollte diesen Krieg nicht und hat bis zuletzt versucht, ihn zu verhindern.

Als es im März 2022 zu Verhandlungen in Istanbul unter der Leitung des ehemaligen israelischen Ministerpräsidenten zu geheimen Friedensverhandlungen kam (Draghi ,Erdogan) und ausgearbeitete Vorschläge auf dem Tisch lagen, lehnten die USA ab. Von den Verhandlungen und der Kriegsmission Boris Johnsons in die Ukraine war in deutschen Medien nichts zu lesen und zu hören. Deutschland übrigens lehnt solche Geheimverhandlungen ab.

Ich sage nicht, dass Russlands Angriffskrieg ein Selbstverteidigungskrieg ist, aber einige Gedanken darüber müssen schon erlaubt sein.

Es gibt unwiderlegbare Indizien dafür, dass der Krieg in der Ukraine von den USA, der EU, Großbritannien, der Ukraine und Deutschland **vorsätzlich und gezielt** vorbereitet wurde.

Wir erinnern uns an die Aussagen Merkels und wir erinnern uns, dass Deutschland als Garantiegeber der Abkommen auftrat.

Bereits die Präambel der Verfassung verpflichtet die Regierung und das ganze Volk dem Frieden der Welt zu dienen.

Art.26 GG bildet den Kern der Friedensstaatlichkeit der Bundesrepublik Deutschland. Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, **insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten**, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen

Art.24 I GG wirft die bis dato nicht untersuchte Frage auf, ob mit der Abtretung von Hoheitsrechten an ein Verteidigungsbündnis wie die NATO einer Einordnung in ein System kollektiver Sicherheit überhaupt entspricht? Die Sprengung der Nordstream-Röhren ist ohne Zweifel ein Terroranschlag auf die sensible Infrastruktur Deutschlands, ein Anschlag, der die Lebensumstände direkt tangiert. Ein Nato- Mitglied hat ein anderes angegriffen. Wie kann da noch von einem System kollektiver Sicherheit die Rede sein? Ist es nicht ein System kollektiver Unsicherheit? Kann ein Verteidigungsbündnis wie die Nato überhaupt eine

kollektive Sicherheit gewährleisten, wenn es sich zur Speerspitze der Privatinteressen einer politischen US-Elite macht? Kann es überhaupt ein System kollektiver Sicherheit geben, das Drittstaaten ausschließt, um eine Feindgefahr zu schaffen, die erst seine Existenz begründen soll?

Zudem verbietet unsere Verfassung ausdrücklich die Lieferung von Waffen jeder Art in Kriegsgebiete.

Meine Damen und Herren, Die kollektive Sicherheit der USA hängt nicht von der **NATO-Osterweiterung** ab. Russland hat deshalb die USA seit 2008 wiederholt ermutigt und aufgefordert, die NATO aus der Ukraine herauszuhalten – eine Region, die für Russland von vitalem Sicherheitsinteresse ist. Putins Warnung vor der NATO-Osterweiterung war so ernst wie nachvollziehbar

Das Engagement der Nato in der Ukraine kann sich kaum auf die Beistandspflicht: berufen, da die Ukraine nicht offizielles Mitglied der NATO ist (aber schon lange einen indirekten Natostatus hat).

Zudem wurden weder die USA, noch andere Staaten der EU und schon gar nicht Deutschland von Russland angegriffen.

Wenn Deutschland dagegen Panzer und anderes hochmodernes und tödliches Kriegsgerät in die Ukraine liefert und ukrainische Soldaten an diesen Waffen ausbildet, wenn es die Ukraine geheimdienstlich und logistisch unterstützt, dann ist es eindeutig Kriegspartei. Dies hat auch der wissenschaftliche Dienst des Bundestages konstatiert.

Wie soll Russland das verstehen, wenn sich die BRD als Speerspitze der aggressiven Kriegsführung, die, um das Gesicht nicht zu verlieren, nicht einmal vor dem hohen Risiko eines nuklearen Unfalls oder Schlagabtausches zurückschreckt?

Was ist das für ein Land, das behauptet, nicht existieren zu können, das sich von einem Staat bedroht fühlt, den es zugleich als Regionalmacht abkanzelt?

Wie naiv muss eine deutsche Regierung sein, sich einem von den USA beherrschten Bündnis anzuschließen, das sich mit grundlos zum Ziel gesetzt hat, ein Land in seiner Existenz zu gefährden und mit krimineller Energie alles, aber auch alles dafür einsetzt, dieses Ziel zu erreichen?

In diesem Sinne kann man sich schon einmal Gedanken darüber erlauben, ob die BRD im Gefolge der USA vielleicht doch so etwas wie einen indirekten Angriffskrieg gegen Russland, aber auch gegen einen Teil der Ukraine führen.

Ganz davon abgesehen kommt es auf die juristischen Winkelzüge, wann Deutschland Kriegspartei ist und wann nicht gar nicht an, denn die Definition einer kriegerischen Aktion als Angriff oder Abwehr liegt immer in der Hand des Widersachers, hier Russlands.

Das Führen eines Angriffskrieges aber ist Deutschland in Art.26 GG ausdrücklich verboten.

Im Grunde muss die Frage, wer diesen Krieg begonnen hat, erst noch erforscht werden.

Einen nachhaltigen Frieden in der Ukraine wird es nur geben, wenn wir akzeptieren lernen, dass Interessenlagen inkompatibel zueinander sein können. Lernen mit Widersprüchen zu leben heißt vor allem darauf zu verzichten Russland der Alleinschuld bezichtigen, selbst wenn sie einen großen Teil der Schuld auf sich geladen haben.

Anm.: Physik : Licht, Gravitation, Molekülhaufen Mensch

- Dass der Mensch aus einer komplexen Welt von Molekülen besteht, gibt uns keine Vorstellung von Leben

- Ein Stock im Wasser erscheint geknickt, aber wir sehen eigentlich das Wirken des Lichts im Wasser
- Die Newtonsche und die Einsteinsche Gravitationstheorie sind inkompatibel

.....

Ich würde mich freuen, wenn aus all diesen gegenwärtigen Konflikten außerhalb und innerhalb unseres Landes eine neue erfrischte Friedensbewegung erstehen würde.

Unser Motto: Frieden schaffen ohne Waffen, stellt an uns unentwegt die Frage: was können wir tun was können wir schaffen?

- Kompromisslos für den Frieden eintreten
- Uns in die Interessen und Motive der Kriegsparteien und ihrer Helfershelfer einarbeiten
- In Friedensfragen das Recht auf Volksabstimmung fordern und erkämpfen
- Für den Frieden sein, bedeutet nicht lammfromm sein, sondern bedeutet auch, da wo der innere Frieden einer Gesellschaft bedroht ist, unangenehme Zustände mutig beim Namen zu nennen, ich denke hier Flüchtlings- Migrationskonflikte, die wenn sie nicht im förderlichen Sinne für alle Beteiligten beruhigt und gelöst werden, auch im Innern zu Zerfall der bürgerlichen Ordnung und leicht zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen führen können.
- Prinzip der tausend Nadelstiche
- Wenn die Medien sich weiterhin weigern, ihrem im Grundgesetz festgelegten Auftrag nachzukommen, dann nutzen und bezahlen wir sie nicht mehr
- Wir haben eine Verfassung mit glasklaren Grundsätzen, die unsere Rechte und Pflichten definieren. Die Grundsätze bedürfen der Interpretation und wir sollten uns endlich daran machen, über eigene und uns dienlichen Auslegungen der Verfassung ernsthaft nachzudenken. Wir achten die Verfassung, aber wir müssen darauf bestehen und darauf hinwirken, dass uns die Verfassung schützt, wenn die Gesellschaft in inhumanitäre Verhaltensweisen abdriftet. Die Justiz ist weniger einem abstrakten Staat als vielmehr dem Gemeinwohl seiner Bürger verpflichtet. Wir achten die Justiz und unser Rechtssystem, aber da wir mit unseren existenziellsten Anliegen weiterhin nur als lästige Störer abgefertigt werden, müssen wir uns daran machen den Kampf um die Deutungshoheit aufzunehmen. Denn was nützt ein Recht auf Meinungsfreiheit, wenn diese Meinungsfreiheit repressiv eingeschränkt ist, und das, meine Damen und Herren ist in Deutschland ein grundsätzliches Problem.

Meine Damen und Herren, wir benötigen endlich eine 5. Gewalt, die Gewalt der Bürger, dem all die anderen Gewalten doch eigentlich dienstbar sein sollten. Und diese Gewalt üben wir dann zum Wohle der Gemeinschaft aus, wenn wir unermüdlich die Transparenz der politischen Entscheidungen einfordern, wenn wir auf demokratische Mitbestimmung bestehen, uns den anderen Gewalten gegenüberstellen und deren Handeln daraufhin prüfen,

- ob sie legitimen Zwecken genügen,
- ob sie erforderlich, geeignet und angemessen sind.

Mit dem Kriegseintritt der BRD werden auch unsere Grundrechte infrage gestellt

- unser Recht auf Würde Art.1 GG
- unsere persönlichen Freiheitsrechte Art.2 GG
- das Gleichheitsprinzip Art.3 GG
- die Gewissensfreiheit Art.4 GG
- das Recht auf freie Meinungsäußerung Art. 5 GG
- das Recht auf eine freie Kunst, Wissenschaft, Forschung und Lehre

- das Recht auf Freizügigkeit Art.11 GG
- unser Recht auf eine staatlich geschützte Daseinsfürsorge
- unser Recht auf eine wirklich kollektive Sicherheit GG
- unser Recht auf Friedenssicherung Art.26 GG/ Art.87a
- das Recht auf Erfüllung des Amtseides Art.56 GG
- unser Recht auf Widerstand Art.20
- Art.19 GG Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen.
- Art. 17 GG gewährt das Petitionsrecht. Jeder Bürger hat das Recht die Verletzung seiner Grundrechte beim Bundesverfassungsgericht einzuklagen.

Nicht alle Rechte sind hier genannt. Bevor sie jetzt genervt abwinken, fragen Sie sich einmal, welche dieser Rechte Sie persönlich und nachdrücklich schon einmal eingefordert haben.

Die Substanz unserer Verfassung auszuloten, sich mit Rechten und Pflichten konkret auseinanderzusetzen scheint mir ein Weg, den wir gehen können, gehen müssen.

Zitat

Böckenförde (ehem. Richter am Bundesverfassungsgericht)

Ein Staat kann die Werte, von denen er lebt, nicht selbst garantieren, das ist das Wagnis, das er eingehen muss, um der Freiheit willen. Er braucht die moralische Substanz seiner Bürger, braucht Leute, die Demokraten sein wollen.